

## Eine schallende Ohrfeige

**Dass das diplomatische Geschick von Regierungschef Adrian Hasler umstritten ist, ist bekannt. Die Beantwortung einer offenbar «bestellten» Kleinen Anfrage poliert seinen diesbezüglichen Ruf nicht auf.**



Desirée Vogt  
Parteisekretärin

Wegen des neuen Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Liechtenstein und der Schweiz ist Regierungschef Adrian Hasler stark unter Beschuss geraten. Der Grund: Die Schweiz kassiert von in Liechtenstein ansässigen Personen, welche in öffentlich-rechtlichen Institutionen in der Schweiz arbeiten, massiv mehr Steuern, als es in Liechtenstein umgekehrt für in der Schweiz ansässige Personen praktiziert wird, welche in Liechtenstein in öffentlich-rechtlichen Institutionen arbeiten. Der Entscheid hat für rund 100 Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner enorme finanzielle Konsequenzen mit einem Nettoeinkommensverlust von bis zu 20 Prozent – in Einzelfällen führt dies zu grossen Existenzproblemen. Deshalb haben sich die Betroffenen im Februar in einem offenen Brief an die Regierung gewandt und diese aufgefordert, Nachverhandlungen vorzunehmen – was, wie bekannt,



Liess es sich trotz rund 100 verzweifelter Liechtensteiner nicht nehmen, aufzuzeigen, wie Liechtenstein finanziell vom neuen DBA mit der Schweiz profitiert. Foto: Archiv

nicht erfolgt ist. Das Thema wurde im vergangenen Landtag im Rahmen einer Interpellationsbeantwortung erneut diskutiert. Und das «Verhandlungsgeschick» von Adrian Hasler kritisiert.

### Geld regiert die Welt

Dass der Regierungschef offensichtlich nur allzu gerne versucht,

die negativen Folgen des Doppelbesteuerungsabkommens unter den Teppich zu kehren, zeigte sich gleich in mehrfacher Hinsicht und muss sich für jene, die heute aufgrund des Verhandlungsergebnisses an Existenzproblemen leiden, wie eine schallende Ohrfeige angefühlt haben. Dank einer ganz offensichtlich «bestellten» Kleinen

Anfrage des FBP-Abgeordneten Elfried Hasler war es Regierungschef Adrian Hasler nämlich möglich, die positiven Folgen des Abkommens aufzuzeigen.

So führte Hasler aus, dass sich für das Land, die AHV sowie die Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein ein Rückforderungsbeitrag von 11 Mio. Franken ergibt. Für die übrigen Pensionskassen könne grob geschätzt von einem Rückforderungsbetrag von 10 bis 15 Mio. Franken ausgegangen werden. «Somit sprechen wir von einer Grössenordnung zwischen 21 und 26 Mio. Franken, welche aufgrund des DBA mit der Schweiz als Quellensteuern auf Kapitalerträgen zurückgefordert werden können», verkündete der Regierungschef nicht ganz ohne Stolz.

Welch Hohn und Spott mit Blick auf jene Verzweifelten, die den Regierungschef händeringend um Hilfe bitten. Und denen damit nur bestätigt wurde, dass die Regierung nicht Willens ist, mit dem notwendigen Nachdruck mit der Schweiz nachzuverhandeln. Es bewahrheitet sich einmal mehr das bekannte Sprichwort «Geld regiert die Welt.» ■

### Erstaunliches

#### Kopfschütteln ausgelöst

Dass der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert sich bezüglich einer Kleinen Anfrage aus dem öffentlichen Landtagsprotokoll vorlesen liess, hat den einen oder anderen sicher verwundert. Endgültige Verwirrung löste er allerdings mit seiner Forderung aus, Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch möge die Antworten doch bitte ein zweites Mal vorlesen. Und zwar inklusive der Fragestellung, da der geneigte Zuhörer den Zusammenhang sonst nicht erkenne. Intervention von Landtagspräsident Albert Frick? Fehl-anzeige.

### Bonmot

«Das nennen wir Stakkato (gem. Wikipedia: musikalischer Vortrag mit kurzen, gestossenen, betonten Tönen).»

«Vaterland»-Liveticker-Kommentar bei der Beantwortung der Kleinen Anfragen durch Aurelia Frick

## VU ermöglicht der FBP politische Korrektheit

**Sechs von heute noch acht FBP-Fraktionsmitgliedern hatten vor einem Monat bei der Wahl der BLK die Vorschläge der anderen drei Fraktionen abgelehnt. Am Donnerstag wählte der Landtag die gesamte BLK neu. Nun sind alle Mitglieder breit getragen.**



Günther Fritz  
Parteipräsident

Als schändlich und einer Partnerschaft unwürdig bezeichnete FBP-Präsident Thomas Banzer in seinem Standpunkt vom 3. März das Verhalten der VU-Fraktion, da diese geschlossen den vor einem Monat noch zur FBP gehörenden Abgeordneten Johannes Kaiser als Mitinitianten der Initiative zur Stärkung der Informationsrechte des Landtags in die Besondere Landtagskommission (BLK) und nicht den stellvertretenden FBP-Abgeordneten Alexander Batliner wählte.

### Offene rechtliche Fragen

Inzwischen ist Johannes Kaiser aus der FBP ausgetreten und in der BLK sass kein FBP-Vertreter mehr. Nachdem aber jede Fraktion das Recht hat, in einer Kommission Einsitz zu nehmen, stand gestern im Landtag die Wahl eines FBP-Abgeordneten in die laut Geschäftsordnung auf fünf Mitglieder limitierte BLK (1 VU, 1 FL, 2 DU und Johannes Kaiser) an. Dabei wurden verschiedene Fragen aufgeworfen:

Bleibt ein Landtagsbeschluss gültig, wenn er zum Zeitpunkt des Beschlusses rechtskonform war? Damit spielte Johannes Kaiser darauf an, dass er bei der anfangs März durchgeführten Wahl ja noch zur FBP gehörte. Für ihn stellte sich die Frage, ob er den Weg für einen FBP-Abgeordneten durch Rücktritt oder Abwahl frei mache. Bei einer Abwahl könnte er nämlich an den Staatsgerichtshof gelangen.

### Landtagspräsident ungehalten

Johannes Kaiser ermöglichte schliesslich eine rechtlich einwandfreie Wahl eines FBP-Vertreters in die BLK, indem er von sich aus den Rücktritt erklärte. Dies unter der Voraussetzung, dass Landtagspräsident Albert Frick bestätige, dass die offenen rechtlichen Fragen geprüft werden. Der Landtagspräsident gestand dem heute parteilosen Abgeordneten die Klärung der rechtlichen Fragen zu, kanzelte ihn aber zuvor noch gehörig ab, weil sich Johannes Kaiser erlaubte, den Begriff «Wählergruppe» in den Mund zu nehmen. Die Frage, wie eine Wählergruppe juristisch definiert sei, habe im Gegensatz zum Richterauswahl-

gremium bei der BLK keine Relevanz. Dabei offenbarte Landtagspräsident Albert Frick einmal mehr, dass er nicht mit gleichen Ellen misst und die Intensität seiner Massregelungen oft davon abhängt, wie sehr ein Votant den Interessen der FBP in die Quere kommt. Bereits bei der Wahl von Johannes Kaiser wunderte sich Albert Frick darüber, «wie hier mit dem Vorschlagsrecht der Fraktion» umgegangen werde, nachdem der stellvertretende FBP-Abgeordnete Alexander Batliner nicht in die BLK gewählt worden war.

### Respekt gegenüber Kaiser

Der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser zollte dem Abgeordneten Johannes Kaiser für dessen Bereitschaft, aus der BLK zurückzutreten, «grössten Respekt». Dadurch könne die FBP auf eine Kampfwahl verzichten. Christoph Wenaweser erinnerte die FBP-Fraktion daran, dass sie von den anderen Fraktionen nun etwas fordern, was sie selbst bei der erstmaligen Wahl der BLK in der letzten Landtagssitzung nicht zu geben bereit gewesen sei. Sechs von heute acht FBP-Abgeordnete hatten nämlich VU-Fraktionssprecher

Günter Vogt, die beiden DU-Abgeordneten Thomas Rehak und Erich Hasler sowie den FL-Abgeordneten Patrick Risch nicht in die BLK gewählt. Um der FBP nun die Chance zu bieten, einen «Akt der politischen Korrektheit» zu setzen, stellte Christoph Wenaweser den Antrag, die gesamte BLK neu zu wählen.

### Günter Vogt erhält 24 Stimmen

Der FBP-Abgeordnete Daniel Seger unterstützte den Antrag spontan, sein Fraktionskollege Elfried Hasler ebenfalls und schlug als FBP-Vertreter in der BLK Fraktionssprecher Daniel Oehry vor. Der Antrag von Christoph Wenaweser wurde schliesslich mit 19 Stimmen angenommen. Als Elfried Hasler dann aber schriftliche Abstimmung bei der Wahl der gesamten BLK verlangte, konnte über die von ihm verlangte Intransparenz nur spekuliert werden. Die Wahlergebnisse sprachen dann aber eine klare Sprache. VU-Fraktionssprecher Günter Vogt erzielte in geheimer Wahl 24 Stimmen bei 25 Anwesenden und erntete damit einen eindrucksvollen Vertrauensbeweis. Patrick Risch (FL) erhielt 22 Stimmen, FBP-Fraktionssprecher Da-

niel Oehry 20 Stimmen und die beiden DU-Abgeordneten Erich Hasler und Thomas Rehak jeweils 18 Stimmen. Von einer grossen Landtagsmehrheit getragen, hat die neue BLK nun viel bessere Voraussetzungen, die Initiative zur Stärkung der Informationsrechte des Landtags einer Konsenslösung zuzuführen.

### Keil in der DU-Fraktion?

Bei der anschliessenden Kampfwahl um den BLK-Vorsitz gewann Patrick Risch (FL) mit 18 Stimmen die Oberhand. Weshalb der DU-Abgeordnete Thomas Rehak nur 5 Stimmen erhielt, auch darüber kann man nur spekulieren. Wurde es vielleicht als anmassend empfunden, dass keiner der beiden DU-Abgeordneten Platz gemacht hatte, um trotz rechtlich erforderlichen Einsitzes eines FBP-Abgeordneten auch Johannes Kaiser die Möglichkeit zu bieten, in der BLK bleiben zu können? Aber nachdem nicht einmal DU-Chef Harry Quaderer seinen Fraktionskollegen Thomas Rehak zum Vorsitzenden wählte, dürfte sich bei Thomas Rehak die Enttäuschung über das Wahlverhalten der anderen Fraktionen in Grenzen halten. ■